



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/60

12. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Christlich-Soziale Kritik an Bonn	S. 1
Der Wechsel in Foreign Office	S. 3
Mysteriöser Parteitag der KP	S. 4
Zankapfel Kehl wird beseitigt	S. 6
Die März-Tagung des PV der SPD	S. 7

Uneinige CDU-CSU

e. Die CSU hat dem Kanzler erklärt, ihre Entschlossenheit, eine Verfassungsänderung in der Frage der Bereitschaftspolizei zu verhindern, schliesse die Bereitschaft zur Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft mit der CDU und zum Austritt aus der Koalition ein. Gleichzeitig griffen Wirtschaftsminister Seidl, Landwirtschaftsminister Schlögl und Regierungschef Ehard die Wirtschaftspolitik der Regierung ausserordentlich scharf an. Adenauer, dessen Verhältnis zur bayerischen CSU nur in der Einheit der CDU/CSU-Fraktion in Bonn ein Aktivum aufwies, hat allen Grund, Kritik und Drohungen, die aus München kommen, ernstzunehmen; denn auch in der CDU hat die Opposition gegen die Wirtschaftspolitik an Stärke zugenommen, während die FDP, als Partner auf der Rechten den Kanzler immer stärker auf die andere Seite des Grabens zerrren will. Dass die Meinungen von FDP und CSU nicht nur in der Frage der Bereitschaftspolizei entgegengesetzt sind, sei nur am Rande erwähnt. Die Abstimmungsniederlage der Regierung zeigt überdies, dass die grundsätzliche Bereitschaft der Abgeordneten der Koalition, um jeden Getreidepreis dem heutigen Kabinett zu folgen, erheblich geringer geworden ist und dass die Fraktionen nichts davon halten, von ihren Ministern vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

In dieser Situation, zu deren Kennzeichnung noch die Schrumpfung

des Niederpreisiger Programms auf eine Reihe von einzelnen Improvisationen gehört, kann es nicht überraschen, dass in der eigentlichen CDU von einem "Versagen der Wirtschaftspolitik" gesprochen wird. Nach sehr zuverlässigen Informationen hat nicht nur Dr. Semler (CSU) diese Auffassung vor der Bundestagsfraktion vertreten, sondern auch Dr. von Brentano, dem kaum nachgesagt werden kann, zu dem recht vagen "linken Flügel" der grössten Regierungspartei zu gehören.

Die Kritik richtet sich vorwiegend nicht gegen die Finanzpolitik Schäffers, von der man auch in der CDU-CSU weiss, dass sie immer noch von der Wirtschaftspolitik bestimmt wird, sondern sehr eindeutig gegen Erhard. Damit freilich auch gegen Adenauer selbst, der es schliesslich zu verantworten hat, dass es zu den jetzigen Schwierigkeiten kam. Neben den rein wirtschaftlichen Argumenten sind es aber auch gewichtige politische Gründe, von denen die Opposition der CSU bestimmt wird. Man beginnt offensichtlich zu spüren, dass die Auswirkungen des Fiaskos der Wirtschaftspolitik auf das Volk einen noch grösseren Rückschlag für die Partei darstellen als die verschiedenen Landtagswahlen von 1950. In der Tat wird das Volk von der Wirtschaftspolitik der Regierung keine Andeutung von dem "so sozial wie möglich" finden, das Adenauer versprach. Dass nun auch ausserdeutsche Faktoren einen starken Druck auf die Bundesregierung ausüben, um sie zu einer zweckmässigen Export-Importpolitik zu zwingen, ist für weite Kreise des Volkes eine ebenso politische Tatsache wie die weiter steigenden Preise.

Die Gegensätze in der CDU/CSU bestätigen wohl, dass ein Teil der beiden Parteien die Ausweglosigkeit erkannt hat, solange Erhard und Röpkes Wirtschaftspolitik weiter bestimmen, doch zu einer praktischen Konsequenz führen die Gegensätze nicht. Sie sind lediglich die Voraussetzungen für neue Kompromisse, die jeden Ansatz einer Generallösung verhindern werden. Was das bedeutet, wird das Volk an dem Verhältnis von Preisen und Löhnen auf der einen und den Gewinnen auf der anderen Seite ablesen können. Somit bleibt abzuwarten, wie lange Adenauer noch seinen Wirtschaftsminister Erhard halten will (oder kann). Lässt die Regierung die Dinge weiter so treiben wie bisher, werden die Gegensätze in der CDU/CSU ein Grund mehr sein für die Forderung nach Neuwahlen, die sich dann auch aus rein innerdeutschen Gründen zwangsläufig stellen wird.

Der Wechsel im Foreign Office

f. "Es ist zu hoffen, dass Morrison nicht ins Foreign Office geht. Wenn für Bevin ein Nachfolger aus der Labour-Fraktion gefunden werden muss, dann ist Chuter Ede die beste Wahl, wenn auch keine sehr begeisterte." Das war die Meinung, die eines der angesehensten und bestinformierten publizistischen Organe Englands drei Wochen vor der Ernennung Morrisons zum Nachfolger Bevins vertreten hat. Darin lag keine Kritik an Morrison, den die Zeitschrift mit vollem Recht für einen der fähigsten Männer des Attlee-Kabinetts hält. Sie hat vor der Wahl Morrisons gewarnt, weil ein Aussenminister der Labour Party wie ein Fels gegen die Wellen von Gefühl und Furcht stehen müsse, die, wie die Erfahrung gelehrt hat, aus den eigenen Reihen der Partei gegen ihn anbränden können. Morrison aber ist bei aller Macht und Stärke, über die er in der Labour Party verfügt, ein Mann des Ausgleichs, der geschickte Besänftiger der Rebellen.

Man darf als sicher annehmen, dass ihn Attlee aus den gleichen Gründen für den Aussenministerposten gewählt hat, aus denen vor seiner Wahl gewarnt wurde. Sachliche Voraussetzungen für dieses schwierige Amt in einer schwierigen Zeit haben dabei keine Rolle gespielt. Morrison hat genau soviel internationale Erfahrung wie Chuter Ede, nämlich keine. Aber das traf ja auch auf Bevin zu, als er 1945 das Foreign Office übernahm. Die Persönlichkeit gilt in England höher als der Fachmann, was allerdings die Frage offen lässt, warum keine Persönlichkeit mit internationaler Erfahrung gewählt worden ist.

Attlee ist ganz offensichtlich von der Erkenntnis ausgegangen, dass an der Spitze des Foreign Office ein Mann stehen muss, der wie Bevin hohes Ansehen in der Partei und zwar in der Fraktion, wie in der grossen Anhängerschaft im Lande geniesst, ein Mann also, dem von vornherein ein überragendes Mass an Vertrauen entgegengebracht wird. Von diesem Gesichtspunkt aus konnte der Nachfolger Bevins nur Herbert Morrison heissen, denn es gibt in der Hierarchie der Labour Party niemanden, der an Macht und Einfluss nach dem Premier und neben Bevin sich mit Morrison vergleichen könnte. Dass bei der seit langem erörterten Frage, wer den kranken Bevin ablösen werde, von Noel-Baker, Shawcross und anderen die Rede war, war nicht deshalb allein geschehen,

weil diese Männer aussenpolitische Erfahrungen besaßen, sondern auch, weil es als ausgeschlossen gelten konnte, dass Attlee für die innere Organisation der Partei und für die Führung des Unterhauses auf einen so bewährten und praktisch unersetzlichen Mann wie Morrison verzichten könnte. Der Premier hat es schweren Herzens getan, denn Labour hat im Parlament nicht ungefährliche Kämpfe zu bestehen. Da er in dem Innenminister Chuter Ede einen energischen Mann für die Disziplinierung der für Rebellionen empfänglichen Fraktion besaß, hat er Morrison trotz aller Bedenken an das Foreign Office abgegeben, damit die Aussenpolitik nicht allzusehr Streitobjekt innerhalb der Fraktion wird.

Die erste schwierige Aufgabe, vor die sich der neue Aussenminister gestellt sieht, wird die Viererkonferenz sein, - falls sie zustandekommt. Das ist ein sehr schwerer Start für einen Mann, der noch nie an einer aussenpolitischen Konferenz teilgenommen hat.

+ + +

Parteitag in Redaktionsstuben

(sp) Das politische Leben droht in der Routine zu ersticken, ob es sich um Parlamente, Versammlungen, Parteien oder Parteitage handelt. Wohl unterscheiden sich die Parteitage der einzelnen Parteien voneinander; die eine legt die Karten offener auf den Tisch als die andere, aber für die Struktur solcher Veranstaltungen haben sich im Laufe der Zeit feststehende Regeln entwickelt, von denen kaum eine Partei abgeht.

Ein Lob den Kommunisten! Sie haben die Monotonie dieser Routine durchbrochen; als Partei neuen Typs, als ewig revolutionäre Partei haben sie auch das System der Parteitage revolutioniert und - dafür sei ihnen gedankt - das politische Leben interessanter gestaltet.

Folgendes ist geschehen: Die einzelnen Landesorganisationen der KP hatten in den letzten Wochen Parteitage nach dem alten Schema abgehalten. Dabei gab es die üblichen Massregelungen wegen Titicismus, Abweichung von der Parteilinie usw.; Sensationen auf Länderbasis also. Die so gesäuberten Landesverbände wollten am 2. März, so war es angekündigt, den Parteitag der gesamten West-KP in München durch-

führen. Man erwartete davon Sensationen auf Bundesbasis. Leider vergeblich. Der Parteitag wurde ohne Begründung abgesagt.

Zum vergangenen Wochenende, mit dem Datum vom 10. März, "berichtet" schlagartig sämtliche KI-Zeitungen in Westdeutschland mit einheitlicher Aufmachung über den "Münchener Parteitag der KP 1951". Erste grosse Überschrift: "Manifest", darunter, etwas kleiner: "An die Bevölkerung Westdeutschlands!" Und schliesslich im Text: "Anfang März fand der "Münchener Parteitag der KP 1951" statt. Es waren anwesend: 1.148 gewählte Delegierte und 154 Gäste. Der Parteitag beschloss folgendes Manifest . . . "

Was nun folgt, ist schon weniger interessant, es ist das übliche Sarmelsurium wohlbekannter kommunistischer Gemeinplätze mit den immer wiederkehrenden Begriffen, wie: "imperialistische Blutgeier", "amerikanische Kriegstreiber", "Revanche-Politiker Adenauer, Kaiser, Blücher und Schumacher", "Deutsche aus Ost und West an einen Tisch", "Friedensfreunde" usw. usw. Zum Schluss: "München, den 3. März 1951". (Also wirklich Anfang März, aber bis zur Veröffentlichung vergingen sieben Tage). Ferner enthält der "Bericht" von diesem Parteitag noch, in auffälliger Weise aufgemacht, "brüderliche Grüsse" in Form eines Telegramms des Zentralkomitees der KPdSU und dann, etwas in den Hintergrund gerückt, ein von Traue und Ergebenheit tiefendes, aus 724 Wörtern bestehendes Telegramm des Parteitages an den "teuren Genossen Stalin", den "Lehrer und Führer der ganzen friedliebenden fortschrittlichen Menschheit".

Damit ist der lange "Bericht" zu Ende. Ausser dem Namen Stalins wird darin nicht ein einziger Kommunist genannt; weder, wer den Parteitag geleitet hat, noch wer etwa neu gewählt oder bestätigt wurde, usw. Nichts, gar nichts.

Die Münchener Polizei hat in den letzten vierzehn Tagen keine 1.300 Bolschewisten auf einem Fleck versammelt gesehen. Zwar müssen Parteitage nicht gemeldet werden, aber, so sagt die Münchener Polizei, es sei unmöglich, dass eine solche Veranstaltung ohne Wissen der Behörde stattgefunden habe. Vielleicht könnte die Münchener Postdirektion die Münchener Polizei bloßstellen, indem sie bestätigt, dass sie "Anfang März" für das 724-Wörter-Telegramm an Stalin 441,64 DM

(soviel würde es kosten) eingenommen hat.

Wir haben uns bemüht, wenigstens die Namen der niedersächsischen Parteitage-Delegierten zu erfahren und haben daher bei der KP-Zentrale in Hannover, Rosenstr. 7, Tel. 20279, angerufen. Irgendein Funktionär der Landesleitung, seinen Namen wollte er nicht nennen, erklärte, nach den Namen der Delegierten befragt: "Das weiss ich nicht, das kann ich nicht sagen". - "Ist jemand zugegen, der mir das sagen kann?" - "Das werden Sie in diesem Hause nie erfahren, Auf Wiedersehn!"

Somit bleibt die Schlussfolgerung, dass der "Münchener Parteitag 1951" in den Redaktionsstuben der KP-Zeitungen stattgefunden hat. Oder sollten die Meldungen zutreffen, dass der Parteitag "geheim" in Weimar "unter dem Schutz der Volkspolizei" stattfand, weil man die Öffentlichkeit der Bundesrepublik scheute?

+ + +

Ein neuer KP-Betrug

(sp) Am 25. Februar 1951 haben zehn angebliche Sozialdemokraten in Hamburg mit Kommunisten diskutiert und beschlossen, mit dem Parteivorstand der KP gegen "Remilitarisierung, für Frieden und bessere Lebensverhältnisse zu kämpfen". Wie wir festgestellt haben, sind diese angeblichen Sozialdemokraten entweder niemals Mitglied der SPD gewesen oder sie waren, als die Diskussion stattfand, bereits aus der SPD ausgetreten. Da echte Beweise für die befohlene Aktionseinheit nicht zu erbringen sind, greift man zu den Mitteln der Täuschung, der Irreführung und des Betrugs, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als gebe es in der Mitgliedschaft der SPD Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit der KP.

Zankapfel Kehl wird beseitigt

(sp) Wie aus Kreisen der südbadischen Landesregierung und der elsässischen Verwaltung bekannt wird, stehen die Verhandlungen über die Freigabe des Rheinhafens von Kehl vor dem Abschluss. Mit der Wiederbelebung dieses Umschlagplatzes, dessen Ausfall bei der Versorgung der südwestdeutschen Wirtschaft empfindlich spürbar war, wird eine Frage gelöst, die lange die deutsch-französischen Beziehungen trübte. Erst die Pariser und Washingtoner Abkommen der Festalliierten bereiteten einen Wandel und die Wiederbesiedlung Kehls durch die deutsche Bevölkerung vor. Für den Wiederaufbau der Stadt und des Hafens sind erhebliche Mittel aufgewendet worden, von denen unter Zustimmung der Bundesinstanzen allein 6 Mill. Mark aus dem Berliner Notopfers entnommen wurden. Am 1. April wird der Personen- und Stückgutverkehr im Bahnhof Kehl wieder aufgenommen und dadurch die "tote Stadt" wieder in das Verkehrsnetz einbezogen. Zuständige deutsche Stellen hoffen, die Widerstände, die von Strassburg aus noch immer gegen eine Wiederbelebung Kehls spürbar werden, durch die ausgleichende Arbeit der deutsch-französischen Kommission beseitigen zu können, die zur Lösung der Kehler Frage berufen worden ist.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt

Sozialdemokratischer Pressedienst Hannover

P/VI/6c

12. März 1951

Kommuniqué des Parteivorstandes der SPD

Am 9. und 10. März tagte in Bonn der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Beratungen standen im Zeichen der Berichterstattung und Diskussion über zahlreiche aussen- und innenpolitische Fragen.

Der stellvertretende Vorsitzende Erich Ollenhauer und Prof. Reuter, Berlin, gaben ein Bild der Eindrücke auf ihrer kürzlichen Amerika-Reise. Sie stimmten vor allem in der Feststellung überein, dass die Vereinigten Staaten endgültig zu den grössten Anstrengungen entschlossen sind, die Verteidigung der freien Welt voranzutreiben und auf einen Höchststand zu bringen.

Dr. Hermann Veit, Wirtschaftsminister in Württemberg-Baden, gab eine Übersicht über Ursachen und Stand der gegenwärtigen schweren Wirtschafts- und Finanz-Krise in der Bundesrepublik. Er entwickelte eingehend die sozialdemokratischen Vorstellungen über die Wege, die aus dieser, weitgehend von der Regierung verschuldeten Notlage herauszuführen könnten. Der Parteivorstand lehnte insbesondere das sogenannte Niederbreisiger Programm scharf ab.

In politischer und wirtschaftlicher Hinsicht spielte der Schumanplan eine besondere Rolle. Es ist nach sozialdemokratischer Auffassung durch die in der letzten Zeit geführten Verhandlungen über gewisse Veränderungen des ursprünglichen Planes nichts eingetreten, was die Sozialdemokratie veranlassen könnte, ihre eindeutig ablehnende Haltung aufzugeben.

Über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion in den letzten Wochen berichtete Wilhelm Mellies. Er wies darauf hin, dass die Regierung heute durch die Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzlage des Bundes immer wieder genötigt sei, sozialdemokratische Vorschläge, die sie zunächst zurückgewiesen hatte, nun verspätet von sich aus aufzugreifen, wie z.B. im Falle der Erhöhung der Sozialrenten, die von der SPD bereits im Juli vergangenen Jahres gefordert worden war.

Erich Ollenhauer, Herta Gotthelf und Alfred Nau berichteten über die COMISCO-Tagung in London vom 2.-4. März dieses Jahres, über die Tagung des Internationalen Frauenausschusses, ebenfalls in London und die erste Tagung des Internationalen Sozialistischen Hilfswerkes in Brüssel.

Die diesjährige Internationale Vollversammlung von COMISCO wird vom 29. Juni bis 2. Juli in Frankfurt/Main voraussichtlich unter grosser internationaler und auch überseeischer Beteiligung stattfinden. Die Vorbereitungen sind im vollen Gange.

Der Vorstand billigte einen Vorschlag für die Zusammensetzung des Kommunalpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand. Vorsitzender ist Andreas Gayk, Oberbürgermeister in Kiel.

Am 31. März wird eine gemeinsame Sitzung von Parteivorstand und Parteiausschuss in Bonn stattfinden, nach einer vorangegangenen Sitzung des Vorstandes am 30. März.

SPD gegen die hohen Brotpreise

Zur Frage der Brotpreiserhöhung fasste der Vorstand der SPD folgende Entschliessung:

Der Parteivorstand begrüsst das energische Vorgehen der Bundestagsfraktionen gegen die sinnlosen und gesetzwidrigen Massnahmen der Bundesregierung bezüglich der Getreidepreise. Er stellt fest, dass die durch die weltpolitische Lage bedingten Versorgungsschwierigkeiten in Deutschland durch die falschen Massnahmen und die Unterlassungen der Bundesregierung katastrophale Ausmasse angenommen haben. Mangel an lebenswichtigen Nahrungsmitteln wie Mehl, Erbsen, Fett und Zucker sowie die ständig steigenden Preise dieser Produkte bedrohen die Lebenshaltung, die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung.

Die Regierung hat nichts unternommen, um eine sparsame Verwendung der Brotgetreidevorräte zu sichern. Öffentliche Mittel in Millionenbeträgen, die zur Verbilligung des eingeführten Futtergetreides zur Verfügung gestanden haben, sind mangels wirksamer Massnahmen in die Taschen von Spekulanten geflossen.

Infolge dieser durch die Bundesregierung teils geschaffenen, teils nicht verhinderten Zustände liegt der Brotpreis im Bundesgebiet heute bereits mehr als 25 Prozent über den Preisen des vergangenen Jahres. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung kann sich mit dem sogenannten Konsumbrot versorgen, weil es nicht in ausreichender Menge angeboten wird.

Die Sozialdemokratie stellt fest, dass sie vor und nach Beginn der sogenannten Korea-Krise gegenüber der Planlosigkeit der Regierung eine vorausschauende und planmässige Wirtschafts-, Agrar- und Ernährungspolitik gefordert und hierzu konkrete Vorschläge unterbreitet hat. Sie bedauert neben der Gefährdung der Lebenshaltung auch die durch die fehlerhafte Politik der Regierung heraufbeschworene Vertiefung der Gegensätze zwischen den arbeitenden Menschen in Stadt und Land.

Sie fordert mit allem Nachdruck eine sofortige Revision der Wirtschafts- und Agrarpolitik, wirksame Massnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung durch Steigerung der eigenen Erzeugung und ungehinderte Einfuhr der fehlenden Mengen, Schutz der Verbraucher vor überhöhten Preisen und einen Ausgleich für notwendige Preissteigerungen an die Kaufkraft.